

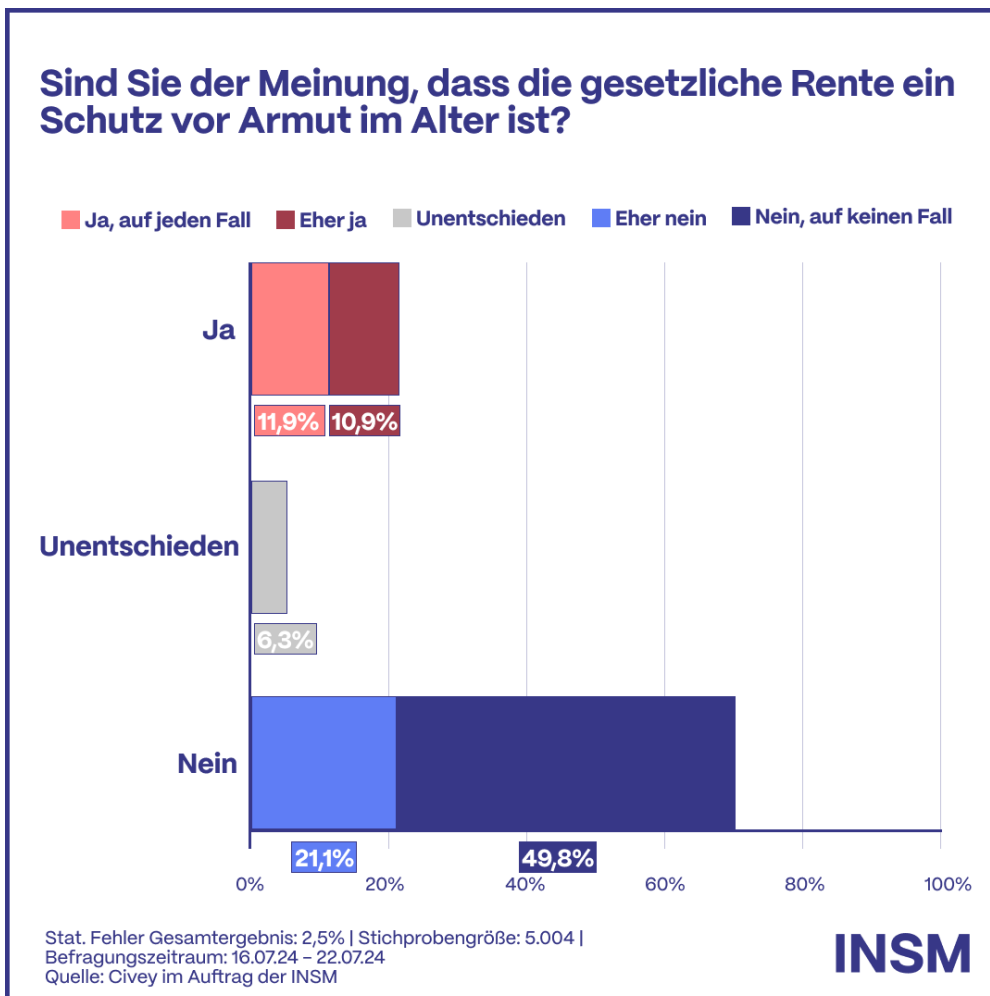
**Civey-Umfrage:
Altersvorsorge in
Deutschland: Sorgen und
Skepsis überwiegen
– Vertrauen in staatliche
Renten schwindet**

Vertrauen in die gesetzliche Rente

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Mehrheit der Befragten (ca. 70 Prozent) die gesetzliche Rente nicht als Schutz vor Altersarmut betrachtet. Zudem sind rund 40 Prozent der Befragten der Meinung, dass die aktuelle Politik zugunsten der älteren Generationen ausfällt.

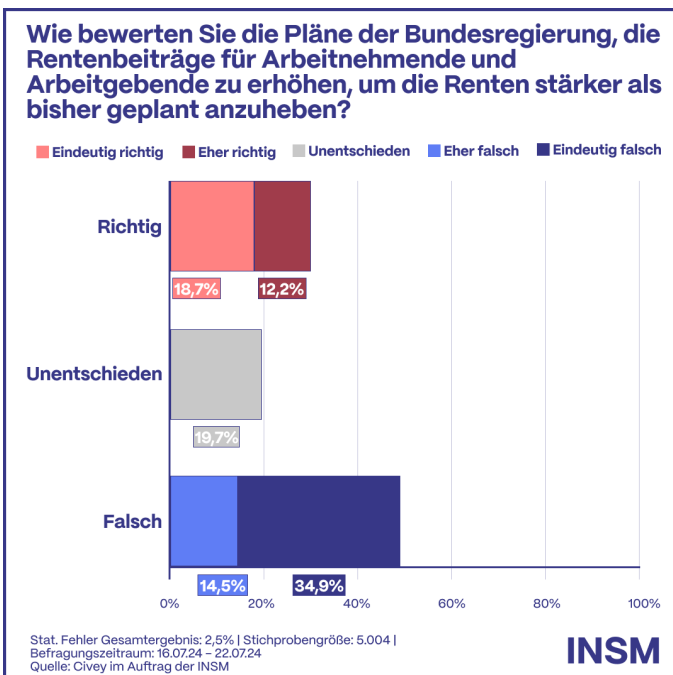
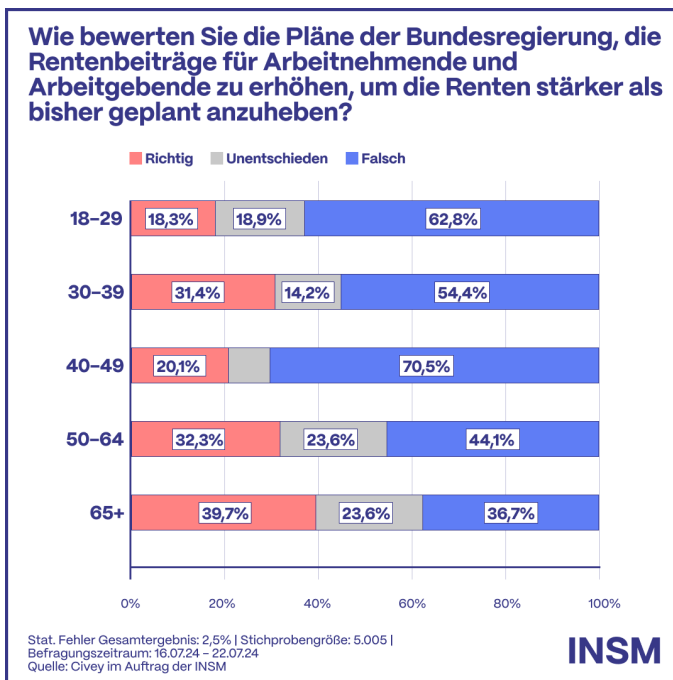
Die häufigsten mit dem Thema Rente verbundenen Gefühle sind Sorge (über 50 Prozent) Angst und Enttäuschung. Positive Gefühle wie Vertrauen und Zuversicht sind hingegen deutlich weniger verbreitet. Auch zeigen sich die Befragten mit dem System der abschlagsfreien Frührente unzufrieden. Diese wird derzeit durch höhere Beitragszahlungen und geringere Rentenbezüge bei den Rentnern finanziert. Ein Vorgehen, das 65 Prozent der Befragten ablehnen – bei den 18–29-Jährigen sind es ganze 72 Prozent. Darüber hinaus gehen knapp 60 Prozent der Befragten davon aus, dass sie eine geringere Rente als vorherige Generationen erhalten werden.

40 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die aktuelle Politik zugunsten der älteren Generationen (ab 65 Jahre) ausfällt. 55 Prozent geben an, dass weder die jüngere Generation noch die ältere Generation von der aktuellen Rentenpolitik profitiere.



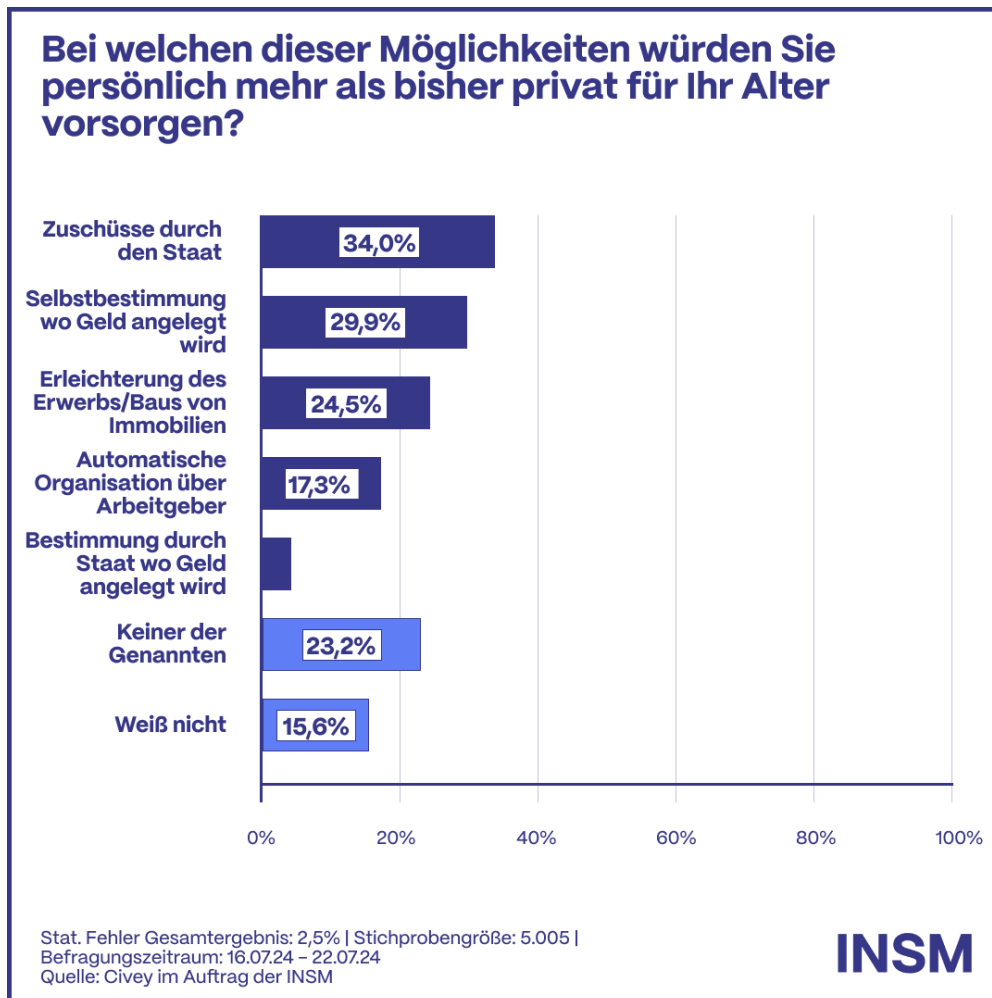
Regierungspolitik und Rentenpläne

Die Pläne der Bundesregierung, die Rentenbeiträge zu erhöhen, um die Renten stärker als bisher geplant anzuheben, werden von 50 Prozent der Befragten als "falsch" bewertet. Bei den 40–49-jährigen sind es sogar 70,5 Prozent, die sich gegen dieses Vorgehen aussprechen. Auch die Idee, jährlich 10 Milliarden Euro Schulden aufzunehmen und über einen Staatsfonds in Aktien zu investieren, um die Renten zu finanzieren, wird von knapp 40 Prozent abgelehnt. Zudem fühlen sich 37 Prozent der Befragten schlecht informiert, wenn es um das Thema Rente und Altersvorsorge geht. Eine Unsicherheit, welche aufgrund der aktuellen Rentenpaket II-Debatte weitreichende Folgen haben kann.



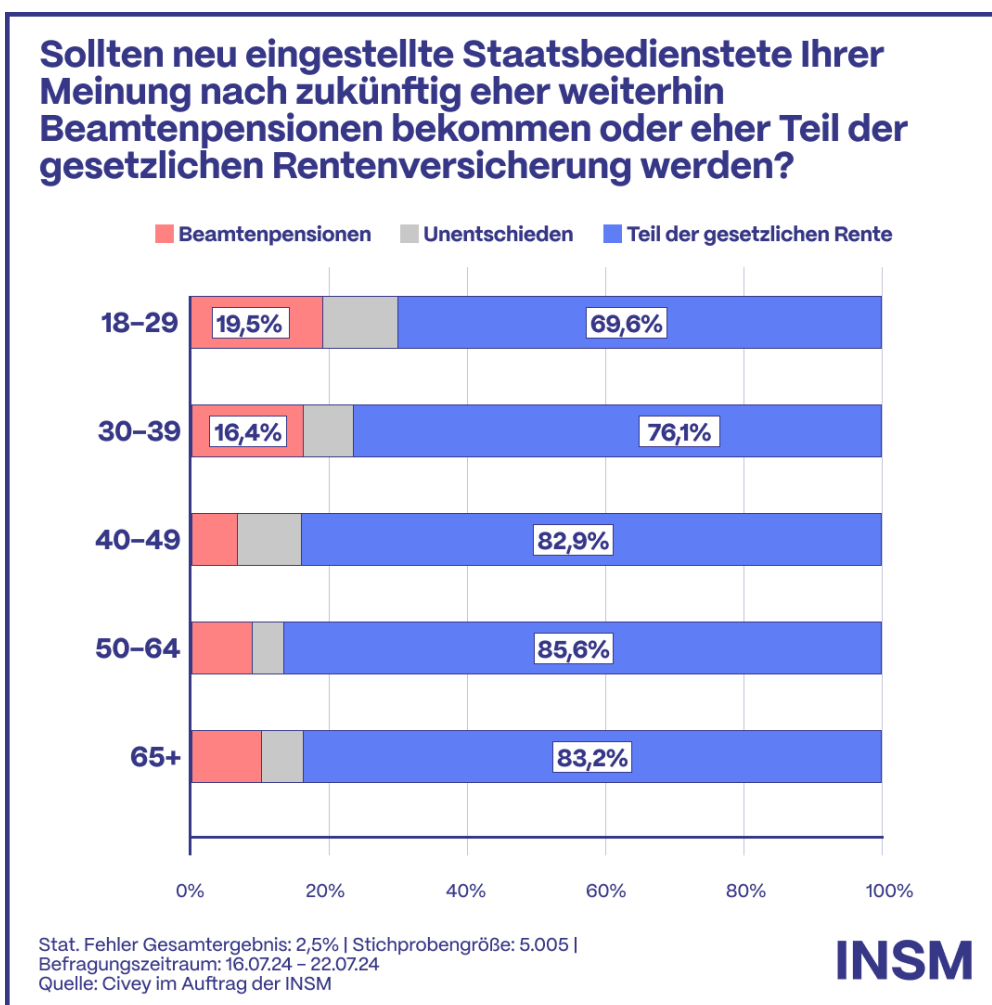
Private Vorsorge

Bei der Befragung zur privaten Altersvorsorge geben 34 Prozent an, mehr privat vorsorgen zu wollen, wenn es staatliche Zuschüsse gäbe. 30 Prozent würden bei Selbstbestimmung über die Geldanlage mehr selbst vorsorgen, und 25 Prozent würden dies tun, wenn der Erwerb von Immobilien erleichtert würde.

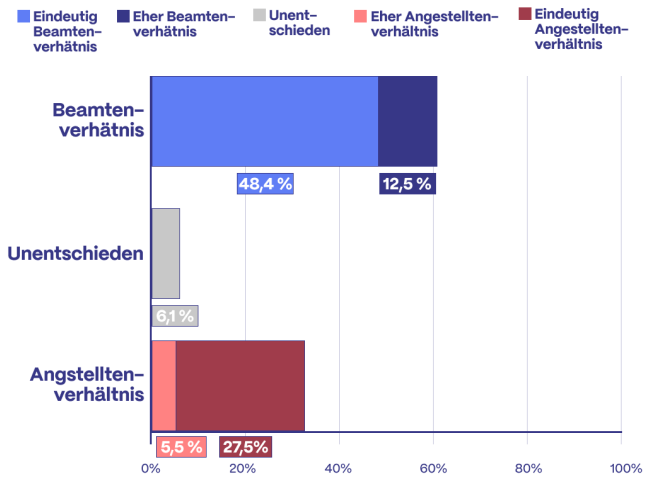


Beamtenpensionen

Insbesondere bei dem Thema "Beamtenpensionen" zeichnet sich eine klare Meinung ab. Die deutliche Mehrheit der Befragten (80 Prozent) wünscht sich, dass zukünftig Beamten in die gesetzliche Rente integriert werden. Zudem sagen 66 Prozent, dass in der Finanzverwaltung zukünftig Angestelltenverhältnisse der Verbeamtung vorgezogen werden sollen. Ähnlich verhält es sich bei Lehrerinnen und Lehrern (65 Prozent), Professorinnen und Professoren (70 Prozent), sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung in den Kommunen (80 Prozent) und Ministerien (76 Prozent). Die einzige Ausnahme ist bei der Polizei zu beobachten. Hier wünschen sich über 60 Prozent der Befragten auch zukünftig ein Beamtenverhältnis.



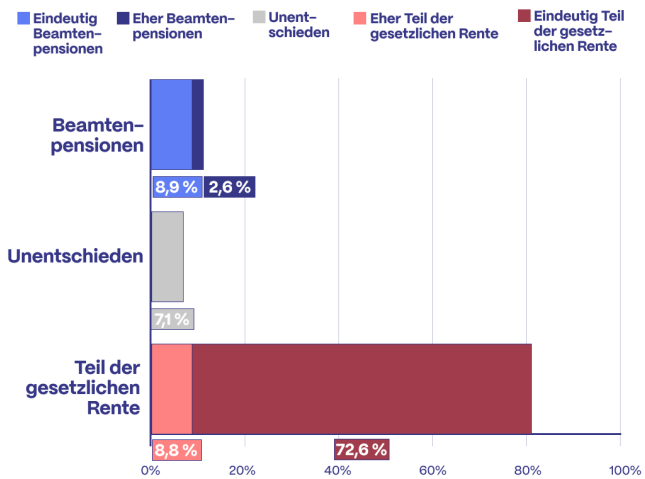
Sollen Mitarbeitende im Vollzugsdienst der Polizei Ihrer Meinung nach weiterhin im Beamtenverhältnis oder künftig eher im Angestelltenverhältnis beschäftigt werden?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,6% | Stichprobengröße: 5.004 | Befragungszeitraum: 16.07.24 – 22.07.24
 Quelle: Civey im Auftrag der INSM

INSM

Sollten neu eingestellte Staatsbedienstete Ihrer Meinung nach zukünftig eher weiterhin Beamtenpensionen bekommen oder eher Teil der gesetzlichen Rentenversicherung werden?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,6% | Stichprobengröße: 5.006 | Befragungszeitraum: 16.07.24 – 22.07.24
 Quelle: Civey im Auftrag der INSM

INSM

Impressum

Civey-Umfrage

Herausgeber:

INSM

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

Georgenstraße 22

10117 Berlin

Geschäftsführer:

Thorsten Alsleben

Kontakt:

info@insm.de

Redaktion & Grafik:

INSM Initiative Neue Soziale

Marktwirtschaft GmbH

Veröffentlicht: Juli 2024

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.